

Erstmals wieder eine Kinderkirche

Angebot für unter Zehnjährige aufgenommen

Die evangelische Kirchengemeinde Trossingen hat erstmals seit dem Weggang von Pfarrer Krückels im Jahr 2013 wieder eine Kinderkirche für alle Kinder von einem bis zehn Jahren angeboten.

Trossingen. Nachdem die Kirchengemeinde Trossingen inzwischen regelmäßig das „Gemeinsame Frühstück“ in dem Gemeindehaus veranstaltet, wurde auch das Bedürfnis junger Familien zu der Wiedereinführung der Kinderkirche geäußert.

Diesem Wunsch kam die evangelische Kirchengemeinde Trossingen gerne nach und hat nach einiger Vorbereitungszeit am vergangenen Sonntag die Kinderkirche in Schura wieder eingeführt.

Zahlreiche Kinder kamen im Ge-

meindehaus zu einem kindgerecht gestalteten Gottesdienst zusammen. Die Betreuung wurde von geschulten Mitarbeitern übernommen. Es wurden auf spielerische Weise biblische Geschichten kindgerecht erzählt, Lieder gesungen und gebastelt. Dabei wurden zwei unterschiedliche Gruppen angeboten: die Mini-Kinderkirchgruppe für Kinder im Alter von einem bis drei Jahren und eine Gruppe für Kinder von vier bis zehn Jahren.

Die Kinder hatten viel Spaß und haben voller Elan mitgemacht. Die Kinderkirche findet künftig immer am dritten Sonntag im Monat statt, gleichzeitig mit dem Gottesdienst, der an diesen Sonntagen ebenfalls erst um 10 Uhr beginnt. Die nächste Kinderkirche ist am 16. Oktober. Es sind Kinder jeglicher Konfession eingeladen. eb



Kinderkirche in der evangelischen Kirche von Schura.

Foto: Privat

Mit Senioren gefeiert

Waffelfest im Bethel / Besucher kamen

Auch in diesem Jahr feierten die Ehrenamtlichen mit den Senioren des Seniorenzentrums Bethel gemeinsam das traditionelle Waffelfest Bethel.

Trossingen. Sowohl die Rehabilitanden und Gäste der geriatrischen Rehaklinik, als auch die Bewohner des Seniorenzentrums Bethel wurden eingeladen beim Waffelfest teilzunehmen. Es waren viele Besucher gekommen, welche sich bei einem Tässchen Kaffee eine selbstgemachte

Waffel mit Zimt und Zucker schmecken ließen. Dass das Fest im Biergarten stattfinden konnte, war besonders schön. So erklang zudem die Live-Musik von Musikergast Kurth durch den ganzen Bethel Park und sorgte für sommerliche Stimmung.

Der Duft der süßen Leckerei lag überall in der Luft und zog zudem auch viele Besucher und Angehörige nach draußen. Es war ein toller Nachmittag. Das Haus Bethel profitierte von den vielen helfenden Händen der Ehrenamtlichen und Mitarbeiter des begleitenden Dienstes. eb



Michael Guse vom Landratsamt Tuttlingen, Bürgermeister Thomas Leibinger aus Bubsheim, Angela Imdahl vom Imdahl Institut und der Deißlinger Bürgermeister Ralf Ulbrich (von links) sprachen sich in der Gruppe der Kommunalvertreter für mehr Charme im ÖPNV aus. Foto: Ulrich Schlenker

Im E-Bus zur Arbeit

Nachhaltige Mobilität auf dem Land im Visier / Innovationsnetz

Ein Patentrezept für preiswerte und zugleich umweltschonende Fahrten zur Arbeit oder zum Arzt gibt es im ländlichen Raum nicht. Bürgermeister, Unternehmer und Vertreter aus dem Bildungsbereich diskutierten im Hohnerareal Mobilitätskonzepte für die Zukunft.

Trossingen. Armin Frank vom Innovationsnetzwerk Schwarzwald-Baar-Heuberg, das gemeinsam mit der Initiative Zukunftsmobilität nach Trossingen eingeladen hatte, hob bei der Begrüßung der circa 40 Teilnehmer auf die Elektromobilität ab. „Das Thema ist in den Medien angekommen. Die Nützlichkeit steigt. Als Anwender müssen wir Wege zum Umgang finden“, begründete er die Einladung zur Veranstaltung mit dem Titel Mobilität 4.0: Wirtschaftlich, nachhaltig und vernetzt.

Christian Klaiber von der gastgebenden Initiative, die sich seit 2010 beratend um die Zukunftsmobilität im ländlichen Raum kümmert, hatte

Vorzeigebispiele für eine erfolgreiche Umsetzung parat. „Im Luftkurort Bad Säckingen ziehen Unternehmen und die Kommune bei der Verringerung von Kohlendioxidemissionen und zur Lösung von Parkplatzproblemen an einem Strang“, berichtete er.

„Mobilität ist ein Grundbedürfnis, das auch immer unter dem Kostenaspekt gesehen wird“, brachte Angela Imdahl die Erfahrung ihres Instituts auf einen kurzen Nenner. Man müsse den Einzelfall betrachten und dürfe nicht den Stein des Weisen suchen, machte sie deutlich. Thomas Stebich vom EnBW-Innovationsmanagement erläuterte, wie im Spannungsfeld von Kosten, Nachhaltigkeit und Mobilität kleine und große Fahrzeugflotten optimiert werden können. „Elektromobilität muss für die Anwender immer einen Nutzen haben“, betonte er auch mit Blick auf einen möglichen Imagevorteil.

Nach diesem Expertenstoß hatten die Vertreter aus den Kommunen, der Wirtschaft und der Bildung in getrennten Diskussionsrunden die Gelegenheit zum Gedankenaustausch.

Die Kommunalpolitiker waren sich einig, dass die Elektromobilität in der alternden Gesellschaft mit oft kurzen Fahrstrecken von Interesse sein könne. Bei Fahrgemeinschaften sei Verlässlichkeit wichtig, fasste Bürgermeister Ralf Ulbrich aus Deißlingen zusammen. „Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) braucht als wichtiges Rückgrat der Mobilität mehr Charme“, forderte er und brachte die Idee eines Espresso-Ausshanks in den Bussen ins Spiel.

In der Unternehmerrunde kam die Frage von höheren Kosten durch Elektroautos zur Sprache. Auch der Informationsbedarf über Ladestationen war ein Thema. Die Wissenschaftler berichteten von Reichweitenproblemen.

„Im ÖPNV muss die Meile nach der Haltestelle durch neue Konzepte überwunden werden“, sagte Dr. Frank Allmendinger von der Hochschule Furtwangen, Campus Tuttlingen. Man brauche starke Visionen und eine Vernetzung von Unternehmen und Gemeinden, bilanzierte Angela Imdahl zum Schluss der Mobilitätsdebatte. ur

AUS DEM TROSSINGER GEMEINDERAT

MÜLLPROBLEME: Das Problem Müll und seine Beseitigung plagt die Stadträte von Trossingen an mehreren Stellen. Gemeinderatsmitglied Dieter Görlich (SPD) sprach die Vermüllung bei den Containern beim Konzerthaus/Solwegschule an. „Es kann nicht die Aufgabe des Schulleiters der Solwegschule sein, diesen Müll aufzuräumen.“ Abhilfe soll demnächst ein abschließbares „Müllhaus“ schaffen. Dieter Görlichs Frage, ob die Glascontainer in Richtung Solweg, die jetzt weg seien, wieder aufgestellt werden, konnte Tiefbauamtsleiter Frank Zepf beantworten. „Die Container sind aufgrund der Baumaßnahmen am Solweg momentan am ehemaligen Standort der Firma Walter aufgestellt.“ Auch an der Tuningerstraße bei den Glascontainern liege oft erheblicher Müll, sogar Sperrmüll, betonte Stadtrat Dr. Wolfgang Steuer (OGL). Für diesen Abtransport sei dann der Bauhof zuständig. Die Idee Steuers ein Schild aufzustellen „dies ist kein öffentlicher Müllplatz“ stieß beim Bürgermeister auf Skepsis „es ist fraglich, ob ein Schild hier was bringt“, denn „wer dort etwas ablegt, weiß doch ganz genau, was er tut“.

BESCHILDERUNG HARMONIKAMUSEUM: Handlungsbedarf sah Gemeinderatsmitglied Dr. Wolfgang Steuer (OGL) in Sachen bessere Beschilderung für das Deutsche Harmonikamuseum. „Museumsleiter Martin Häffner beklagt sich immer wieder, dass Besucher aufgrund der schlechten Beschilderung das Museum nicht finden.“ Insgesamt hatte er die Anregung, für die Trossinger Museen größere Schilder anzubringen. Dem konnte der Bürgermeister nichts abgewinnen. „Wir haben in Trossingen ein einheitliches Beschilderungssystem und es soll kein Wildwuchs an Schildern werden.“ Aus diesem Konzept auszuscheren, halte er für das Stadtbild nicht für sinnvoll. Er gehe aber davon aus, dass über kurz oder lang der neue Standort des Deutschen Harmonikamuseums auch in den Navis zu finden ist. „Außerdem sollen künftig Flaggen den Hinweis aufs Museum geben.“ Diesbezüglich müsse aber die Eigentümergemeinschaft des Baus V einverstanden sein, man sei aber im Gespräch.

ERDDEPONIE: „Wie lange kann die Erdeponie noch befüllt werden und wer befüllt sie?“ war die Frage von Stadtrat Hermann Maier (FWV). Be-

füllt werde sie nur noch mit Material von den Verwaltungsgemeinden, sagte Bürgermeister Dr. Clemens Maier. Die Kapazität sei aber begrenzt und es gebe Erweiterungsgedanken. Tiefbauamtsleiter Frank Zepf betonte, dass man in Kontakt sei mit dem Landratsamt wegen einer nunmehr zweiten Erweiterung. Allerdings müsste man dazu auch Stromleitungen auf dem Nachbargrundstück verlegen, das landwirtschaftlich genutzt werden. Machbar sei dies aber.

BAUSTELLE BISMARCKSTRASSE: „Wie lange dauern die Bauarbeiten in der Bismarckstraße?“, diese Frage beschäftigte Hans Trümper (CDU). Aufgrund von Mehrarbeiten – es mussten alle Wasserleitungen komplett erneuert werden – soll es nun Ende November werden, erläuterte Hans Bauer, Geschäftsführer der Stadtwerke Trossingen, also etwa einen Monat länger wie ursprünglich geplant. Der zweite Bauabschnitt der Bismarckstraße wird dann im Frühjahr in Angriff genommen. Petra Hermann (CDU) bat in diesem Zusammenhang bei künftigen Baumaßnahmen, die Anwohner besser ins Geschehen einzubinden. Hans

Bauer betonte, dass es auch im Interesse der Stadtwerke sei, Verzögerungen zu vermeiden „Die Kunden werden von den Stadtwerken angeschrieben“ aber hundertprozentig reibungslos laufe es nicht immer. „Wenn es sich um eine städtische Straße handelt, wie momentan die Zeppelinstraße, dann werden die Anwohner vorher in einer Versammlung informiert“ klärte der Bürgermeister auf, da es sich bei der Bismarckstraße aber um eine Kreisstraße handelt, sei hierfür der Landkreis Tuttlingen zuständig.

WOHNUNGEN FÜR FLÜCHTLINGE: Kritik übte Bürgermeister Dr. Clemens Maier an der Kritik eines Teilnehmers bei der Veranstaltung der Senioren-CDU, bei der Bundestagsabgeordneter Volker Kauder Rede und Antwort stand. Dabei hatte der Teilnehmer kritisiert, dass „Flüchtlinge in Trossingen bei der Wohnungsfrage bevorzugt werden; arme Trossinger aber in Wohnungen leben, in die Asylanten nie einziehen würden“. Volker Kauder verwies in der Veranstaltung dabei auf den sozialen Wohnungsbau, der für alle Bürger mit geringem Einkommen da sei. Die Behauptung des Teilnehmers, dass

Asylanten bevorzugt werden, wies der Trossinger Bürgermeister ausdrücklich zurück. „Wir nehmen niemandem etwas weg, die Stadt mietet die Wohnungen an, es ist unsere gesetzliche Aufgabe, für die Unterbringung zu sorgen.“

GESCHÄFTSORDNUNG GEMEINDERAT: Zugestimmt wurde auch der Neufassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Trossingen, die ebenso auf die Reform des Kommunalverfassungsrechts zurückgeht. Die bisherige Geschäftsordnung sei vom Gremium im Jahr 1871 beschlossen worden, erläuterte Hauptamtsleiter Dieter Kohler, eine kleine Änderung habe es im Jahr 1997 mit der Einführung der Bürgerfragevierteilung gegeben. Die aktuelle Neufassung sei nicht „revolutionär“ geändert „rund 90 Prozent wurden aus der bisherigen Geschäftsordnung übernommen“. Geändert worden ist unter anderem, dass die Einladungsfrist zu den Sitzungen auf sieben Tage verlängert wurde, dass beratende Ausschussitzungen öffentlich gehalten werden und dass die Räte sowohl in elektronischer, wie teilweise auch in schriftlicher Form informiert werden. iko